

KONFERENZBERICHT

**„LEAVE NO ONE BEHIND“ -
Deutsche und japanische Beiträge zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Mittwoch, den 16. März 2016
im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin**



Autor: Lukas Goltermann

IM AUFTRAG DES JAPANISCH-DEUTSCHEN ZENTRUMS BERLIN

Inhalt

Einleitung	1
Key Note: Parl. StS. im BMZ Thomas Silberhorn	2
Key Note: Dômichi Hideaki, JICA	4
Key Note: Dr. David Nabarro, Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs	6
Session 1: Fachgespräch zu SDG 7 (Energie)	7
Session 1: Prof. Dr. Miranda Schreurs, Freie Universität Berlin	8
Session 1: Prof. Kanie Norichika, Keiô Universität	9
Session 1: Abschlussdiskussion Ziel 7	11
Session 2: Fachgespräch zu SDG 3 (Gesundheit)	12
Session 2: Dr. Christoph Benn, The Global Fund	13
Session 2: Prof. Katsuma Yasushi, Waseda Universität	14
Session 2: Abschlussdiskussion Ziel 3	15
Paneldiskussion: Finanzierung der SDG und die Globale Partnerschaft	16
Impressum	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Einleitung

Die internationale Konferenz „Leave no one behind“ – Deutsche und japanische Beiträge zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ fand am Mittwoch, den 16. März 2016, im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin statt. Über 80 Teilnehmende hatten sich eingefunden, um über die deutsche und japanische Beteiligung bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu diskutieren. Bei den Diskussionen standen besonders die Themen Gesundheit und Energie im Vordergrund. In der Begrüßung des Plenums durch die Generalsekretärin des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin, Dr. Friederike BOSSE, wurde zunächst die zentrale Motivation der Konferenz vorgestellt. BOSSE machte deutlich, dass die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, wie sie im vergangenen September in New York von den Staats- und Regierungschefs als globaler Rahmen der globalen Entwicklungsagenda verabschiedet wurde, eine große Herausforderung sei. Die Agenda sei universell für alle Länder gültig und skizziere dadurch erstmals einen gemeinsamen Entwicklungspfad. Gleichzeitig seien die Inhalte der Agenda – trotz zahlreicher Schnittpunkte zu den Krisen unserer Zeit – der Öffentlichkeit bislang nicht ausreichend bekannt.

Der Fokus auf Deutschland und Japan wurde von BOSSE damit begründet, dass es sich hier um zwei starke Akteure im internationalen Kontext handelte, die bereit seien besondere Verantwortung für die internationale Entwicklung zu übernehmen.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda 2030 stellten sich nun folgende zentrale Fragen: Wie sollen die ambitionierten Ziele umgesetzt werden? Welche Schwerpunkte wollen die beiden Staaten

in ihrem Beitrag zur Umsetzung setzen? Was sind ihre jeweiligen Stärken und wie können gemeinsame Strategien und konkrete Maßnahmen ausgestaltet werden? Die Bereiche Energie (SDG 7) und Gesundheit (SDG 3) sind, so BOSSE, für die beiden Staaten von besonders großem Interesse. Um tatsächlich ganzheitlich über die SDG Umsetzung diskutieren zu können, wurden als Referenten nicht nur Vertreterinnen und Vertreter aus Deutschland und Japan eingeladen, sondern auch von internationalen Organisationen.

Im Folgenden werden die Vorträge und der Diskussionsverlauf der Konferenz gemäß des Verständnisses der Konferenzbeobachtung wiedergegeben und zentrale Argumentationen nachgezeichnet. Wir bitten daher darum, von einer Zitierung des Berichtes und einzelner daran enthaltener Aussagen abzusehen. Die Nachnamen der Referentinnen und Referenten werden aufgrund der unterschiedlichen Reihenfolge von Namen im Deutschen und im Japanischen in diesem Bericht in Großbuchstaben geschrieben.





Key Note: Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zum Auftakt der ganztägigen Veranstaltung wurden drei Key Note Vorträge zum Thema **Die Agenda 2030 und die deutsche und japanische Beteiligung bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) gehalten**. Redner waren Herr **Thomas SILBERHORN**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Japanischen Parlamentariergruppe, Herr **DÔMICHHI Hideaki**, Vizepräsident der *Japan International Cooperation Agency (JICA)* und Herr **Dr. David NABARRO**, Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für die Agenda 2030.

Thomas SILBERHORN betonte in seinem Vortrag die besondere Bedeutung der G7 und der G20 für die Umsetzung der Agenda 2030. Die deutsche G7-Präsidentschaft habe besonders viele Themen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Agenda gesetzt. Durch den Elmau-Gipfel wurden eine Reihe neuer Initiativen auf den Weg gebracht. Nach der Verabschiedung der Agenda 2030 hoffe er auf eine

Fortsetzung dieses positiven Momentum durch die japanische Präsidentschaft im laufenden Jahr. Im Hinblick auf die G20 Präsidentschaft Deutschlands in 2017 sagte SILBERHORN, die Entwicklungsthemen „müssen weiter fortgeführt werden, um Fortschritte zu erzielen.“

SILBERHORN betonte die Einmaligkeit der im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030. Bei dieser Agenda, so SILBERHORN, „geht es um einen anderen Ansatz, um einen Paradigmenwechsel.“ Der ganzheitliche Ansatz bedinge, dass jeder seinen Beitrag leisten müsse, um die Grenzen der Belastbarkeit des Planeten nicht zu überschreiten. Dabei müssten auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ausreichend berücksichtigt werden.

Die aktuelle Flüchtlingskrise mache deutlich, wie wichtig dieser ganzheitliche Ansatz sei. Denn „Flucht und Migration ist dadurch begründet, dass Menschen dort wo sie herkommen keine Zukunftsperspektive sehen.“ Die Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland könne zwar deren Leid lindern, ändere aber nichts an den dahinterliegenden Problemen.

Auch wenn von den geschätzten 600 Millionen Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, etwa 90 Prozent Zuflucht in Entwicklungsländern fänden, müsste Deutschland „einen Beitrag dazu leisten, dass alle dort, wo sie leben, eine Zukunft sehen.“ Dieser Vorsatz bedinge eine vorausschauende Entwicklungspolitik, die besonders die Bedürfnisse der

Schwächsten mitberücksichtigt. Die Agenda 2030 habe sich unter dem Appell „*Leave no one behind*“ diesem zentralen Ziel verschrieben. „Wir werden uns daran messen lassen, wie wir die Schwächsten unterstützen“, so SILBERHORN.

Dafür müssten auch grundlegende Themen hinterfragt und neue Antworten gefunden werden. Dazu gehöre unter anderen der Klimaschutz, fairer Zugang zu Märkten, Lieferketten, Produktionsbedingungen, soziale und ökologische Mindeststandards. Einige dieser Bereiche seien beim G7-Gipfel in Elmau bereits adressiert worden: So sollten 400 Millionen Menschen aus absoluter Armut herausgeholt und bis zum Ende des Jahrhunderts eine karbonfreie Wirtschaft erreicht werden.

SILBERHORN bekräftigte, dass diese und andere Herausforderungen jedoch nicht von Staaten allein bewältigt werden könnten. Man benötige Bündnisse mit der Privatwirtschaft und mit der Zivilgesellschaft. Nur durch deren Einbeziehung könnten die Potentiale der Bürgerinnen und Bürger für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele genutzt und zur Entfaltung gebracht werden.

Gleichzeitig müsse die eigene Verantwortung der Entwicklungsländer gestärkt werden. Die Umsetzung der Agenda 2030 könne jedenfalls nicht allein durch Steuermittel der Geberländer finanziert werden. Es brauche auch mehr Ressourcen aus den Entwicklungsländern selbst.

Die Bundesregierung, so SILBERHORN, sei momentan in einem Prozess, die gesamte Politik auf die Umsetzung der Agenda 2030 umzustellen. In diesem Prozess seien viele unterschiedliche Politikfelder gefragt, darunter beispielsweise auch die Wirtschafts-, Gesundheits- und Agrarpolitik. Trotz der Komplexität sei dies eine große Chance, Unterstützung für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen. Schließlich müssten alle Ressorts in ihrer

Arbeit die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsdimensionen der Agenda 2030 mitdenken.

Als konkrete Beispiele für alternative Ansätze zur Steigerung von Kapazitäten in Partnerländern nannte SILBERHORN die in Addis Abeba bei der Entwicklungsfinanzierungskonferenz beschlossene Steuerinitiative, um das Steueraufkommen in Entwicklungsländern zu erhöhen. Für die Einbeziehung des Privatsektors habe die Bundesregierung außerdem ein Textilbündnis ins Leben gerufen, um die Transparenz in Lieferketten zu erhöhen. Mittlerweile seien durch dieses Bündnis bereits 75 Prozent des deutschen Textilmarktes abgedeckt. Durch den Einsatz neuer Systeme im Wasser- und Energiemanagement arbeite das BMZ außerdem daran, die sozialen und wirtschaftlichen Standards zu verbessern und die Produktivität zu erhöhen.

Key Note: Dômichi Hideaki, JICA

DÔMACHI Hideaki, Senior Vice President der *Japan International Cooperation Agency (JICA)*, skizzierte in seiner Rede den Ansatz der japanischen Regierung zur Umsetzung der Agenda 2030 und benannte konkrete Felder für mögliche deutsch-japanische Zusammenarbeit. Die Agenda 2030, so DÔMACHI, wird unsere Welt in den kommenden 15 Jahren weitreichend verändern. Die Entwicklungsländer würden einen größeren Anteil am globalen Wohlstand erreichen und die universellen Menschenrechte weiterhin an Bedeutung gewinnen. Während vor allem Wachstum zur Armutsreduzierung beitragen würde, müsse dabei stärker als bisher den wachsenden Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften entgegengewirkt werden.

Um auf die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele hinzuarbeiten, richtet Japan seine Entwicklungszusammenarbeit am Konzept der menschlichen Sicherheit („Human Security“) aus und verfolge damit drei Leitprinzipien: Inklusivität, Resilienz und ökologische Nachhaltigkeit. Dieser Ansatz stellt die Bedürfnisse der einzelnen Menschen in den Vordergrund und zielt auf die Stärkung aller Menschen ab, so DÔMACHI.

Public-Private Partnerships werden eine wachsende Rolle für den Bau von wichtiger Infrastruktur spielen. Er äußerte sich besorgt darüber, dass zu viele Entwicklungsländer es weiterhin vorzögen, Kredite aufzunehmen und durch ein Fehlen an angemessener Sorgfalt („*Due Dilligence*“) die langfristige Schuldentragfähigkeit gefährdet sei. Deutschland und Japan könnten dieser Entwicklung gemeinsam entgegenwirken, müssten jedoch zunächst ein gemeinsames Verständnis von angemessener Sorgfalt entwickeln.



DÔMACHI nannte als Überschneidung auch den multi-sektoralen Nexus-Ansatz (Wasser, Energie, Nahrung), der von Deutschland in der Entwicklungszusammenarbeit etabliert wurde und inzwischen von JICA in vielen Projekten berücksichtigt werde.

Auch historisch sieht DÔMACHI viele strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Japan: Beide Länder prägte die Erfahrung, als besiegte Länder aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen zu sein und danach einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt zu haben. Beide Staaten verschieben sich in ihrer Außenpolitik der Förderung von Demokratie, der Arbeit durch internationale Partnerschaften und Institutionen, dem wirtschaftlichen Wachstum und der Friedenssicherung. Als wichtige, produktionsorientierte Akteure im internationalen Handel teilten sie darüber hinaus auch viele industrielle Gemeinsamkeiten. Politisch setzten sich beide Länder für eine Reform des UN-Sicherheitsrates ein und beide Länder seien

entschlossen, die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) maßgeblich und vorbildlich voran zu bringen. Auch die Entwicklungspolitik der beiden Länder habe sich in den vergangenen Jahrzehnten stark angenähert. So basiere die Entwicklungszusammenarbeit in beiden Staaten auf einer Balance zwischen Humanitarismus, Solidarität, Selbsthilfe und nationalen Eigeninteressen. Im Gegensatz zu der engen Zusammenarbeit Japans mit der Weltbank, den Vereinten Nationen, Regionalen Entwicklungsbanken, des britischen *Department for International Development* (DFID), und der *United States Agency for International Development* (USAID) gebe es zwischen Deutschland und Japan aber bislang nur wenig Zusammenarbeit in diesem Politikbereich. DÔMICHl hoffe daher, dass der Dialog zwischen den beiden Staaten über die jeweiligen Zukunftsvorstellungen weiter ausgebaut werden könne. Deutschland und Japan hätten schließlich nicht nur einen ähnlichen entwicklungspolitischen Ansatz, sie verfügten auch über ähnliche Technologien, die in den Entwicklungsländern gebraucht würden.

DÔMICHl machte außerdem deutlich, dass es zahlreiche Felder für eine deutsch-japanische Zusammenarbeit gebe, die genutzt werden müssten, damit die beschlossenen Entwicklungsziele sich am Ende nicht als zu ambitioniert herausstellten. Drei Bereiche hätten eine besondere Relevanz für beide Länder. Erstens sei dies der Bereich der Ertüchtigung („Capacity Building“) durch technische Kooperation. Japan hätte zuletzt auf dem Busan Gipfel 2011 betont, logistisches, organisatorisches und systemweites Capacity-Building anbieten zu können. JICA ziele dabei zwar vor allem auf Regierungsinstitutionen in Partnerländern, arbeite aber auch zunehmend mit dem Privatsektor zusammen. Zweitens nannte DÔMICHl die Einbeziehung verschiedener Akteursgruppen, einschließlich des Privatsektors und der Zivilgesellschaft. Ein interessantes Beispiel sei die Entwicklung der *Zukunftscharta* in

Deutschland gewesen. Aber auch im Bereich demografischer Wandel könnten die beiden Staaten für viele Schwellenländer eine Vorbildfunktion einnehmen. Drittens führte DÔMICHl den Bereich der Süd-Süd und Dreiecks-Zusammenarbeit an. Japan und Deutschland seien in diesen beiden Feldern als führende Akteure weltweit anerkannt. Beide Staaten engagierten sich außerdem führend im Bereich der alternativen Entwicklungsfinanzierung.

Durch diese Überschneidungen ergeben sich für DÔMICHl zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten in den folgenden Bereichen:

1. Gesundheitssektor: beide Staaten förderten den Aufbau und die Stärkung von Gesundheitssystemen und von universeller Gesundheitsversorgung und engagierten sich im Bereich der Infektionskrankheiten.
2. Wachstumsförderung: es werde zunehmend wichtiger, Armut und Ungleichheit gleichermaßen zu bewältigen.
3. Technologieexport: beide Staaten strebten an, mit ihren Technologien Entwicklung zu fördern und die Präsenz ihrer Unternehmen auszubauen.
4. Gute Regierungsführung und Infrastruktur: Deutschland und Japan seien gleichermaßen produktionsorientierte Staaten. Aus dieser Gemeinsamkeit könnten viele Kooperationsmöglichkeiten abgeleitet werden, beispielsweise im industriepolitischen Dialog, der Berufsbildung und in der Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Letztere verfügten häufig über die in Entwicklungsländern benötigten Technologien, hätten aber wenig Erfahrung in der Auslandsarbeit.
5. Migration: Deutschland sei führender Akteur in der Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Fluchtursachen. Gemeinsam könne mehr für die Beschäftigung von syrischen Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens getan werden. Hier gäbe es bereits

- erste vielversprechende Projekte Großbritanniens und der Weltbank in Jordanien.
6. Entwicklung Afrikas: Obwohl Afrika als Wachstumsfaktor für die Weltwirtschaft an Bedeutung gewinne, bestünden zahlreiche Herausforderungen. Die Einkommensunterschiede müssten verringert werden, angemessene Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, Infrastruktur ausgebaut und regionale Integration gefördert werden. Die 6. *Tokyo International Conference on African Development* (TICAD VI) werde dieses Jahr erstmals in Afrika stattfinden und stelle eine ideale Plattform für Japan und Deutschland dar, um ihre Erfahrungen und Erfolge in der Region zu präsentieren.
 7. Die G7 Präsidentschaft Japans in diesem Jahr und die G20 Präsidentschaft Deutschlands in 2017: die Führung dieser Foren stelle eine ideale Möglichkeit dar, die Partnerschaft zwischen den beiden Staaten zu fördern.

Key Note: Dr. David Nabarro, Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs

Im Anschluss an die beiden Reden hörten die Konferenzgäste eine Videobotschaft von **Dr. David NABARRO**, dem Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs für die Agenda 2030. Er betonte in seiner Ansprache die besondere Rolle Deutschlands und Japans, die sie individuell und gemeinsam für die Umsetzung der Agenda 2030 spielten. Für NABARRO steht das Jahr 2015 für eine einmalige Gelegenheit, einen globalen Wandel zu erreichen. Angesichts wachsender Polarisierung und zahlreicher internationaler Krisen sei die Agenda 2030 ein Zeichen der Hoffnung für den Multilateralismus und des kollektiven Handelns. Beide Staaten hätten sich maßgeblich an der Entstehung dieser Agenda beteiligt, mit der

sich nun alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu verpflichtet hätten, unsere Welt in den kommenden 15 Jahren zu verändern, Armut und Ungleichheit zu reduzieren, die Schwächsten zu unterstützen, Frauen zu stärken, Resilienz zu fördern und die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Die Ziele der Agenda 2030 seien dabei unteilbar miteinander verbunden und müssten in ihrer Gänze betrachtet und bewältigt werden.

Wir können dabei, so NABARRO, nicht einfach weitermachen wie bisher, sondern müssen neue Entwicklungsmodelle und innovative Umsetzungsmethoden schaffen. Um die große Vision zu realisieren, müssten die Ziele vor allem innerhalb der Länder umgesetzt werden. Deutschland habe dafür einen institutionellen Rahmen, um diese Umsetzungsstrategie für die nachhaltigen Entwicklungsziele zusammen mit allen beteiligten Akteuren zu erarbeiten. Deutschland werde außerdem den Auftakt für das Peer-Review System geben und damit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Deutschland und Japan, so NABARRO, könnten Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre eigenen Umsetzungsstrategien zu entwickeln und für die Umsetzung wichtige Süd-Süd Partnerschaften fördern. Wir müssten dabei auf bestehende Prozesse und neue Multi-Akteur-Partnerschaften und Plattformen setzen, um gegenseitige Rechenschaft für die Umsetzung der Ziele zu ermöglichen. Dabei müssten alle Akteure und alle Ebenen miteinbezogen, nationale, regionale und globale Reviews stattfinden sowie neue finanzielle Instrumente entwickelt werden. Das gesamte System der Vereinten Nationen orientiere sich nun neu, um die Mitgliedstaaten bei der Aufgabe der Umsetzung der Agenda 2030 zu unterstützen.

Session 1: Fachgespräch zu SDG 7 (Energie)

Session 1 beschäftigte sich mit dem SDG Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.

Das erste Fachgespräch unter der Leitung von **Andreas KRAEMER**, Senior Fellow am *Institute for Advanced Sustainability Studies*, widmete sich der Frage wie dieses ambitionierte Ziel erreicht werden kann. KRAEMER machte dabei gleich zu Beginn deutlich, dass beide Länder im Energiesektor besonders viele Gemeinsamkeiten hätten. Als Beispiele nannte er die Bedeutung der japanischen Photovoltaiktechnologie für die deutsche Energiewende, die führende Rolle japanischer Forschungsinstitute in der Smart-Grid-Technologie oder die in beiden Ländern viel diskutierten Möglichkeiten und Herausforderungen eines Atomausstiegs für die Energiewirtschaft. Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, so KRAEMER, dass die bestehende Technologiebasis im deutschen wie im japanischen Energiesektor eine wegweisende Funktion für die technologische Entwicklung in vielen anderen Ländern einnehme.



Session 1: Prof. Dr. Miranda Schreurs, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Miranda SCHREURS, Direktorin der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin, stellte als erste Diskussionsteilnehmerin einige ihrer Thesen und Forschungsergebnisse vor. Auch sie betonte die bedeutenden Gemeinsamkeiten der beiden Länder im Energiesektor. Beide Länder wiesen durch eine hohe Abhängigkeit von importierten Energieträgern ähnliche Strukturierungen des Sektors auf und müssten sich mit ihrem Wunsch, mittelfristig Abschied von der Atomenergie zu nehmen, ähnlichen technologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellen. Diese Faktoren wiederum hätten analoge Auswirkungen auf die Umsetzung der Agenda 2030 in beiden Ländern. Beide Gesellschaften müssten sich beispielsweise mit den Auswirkungen der Energiesektorreform auf die regionale Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Energiearmut beschäftigen.

Den vielleicht markantesten Unterschied sieht SCHREURS in der historischen und politischen Entwicklung der jeweiligen Energiepolitiken. Während sie den Ursprung der deutschen Energiewende in einer, sich durch nuklearstrategische Pläne im Kalten Krieg zunehmend politisierenden, Bürgerbewegung sieht, seien die japanischen Versuche, sich aus der Abhängigkeit von Atomenergie zu befreien, vor allem mit der Kernschmelze im Atomkraftwerk von Fukushima verbunden. Deutschlands Energiewende sei durch die historische Verwurzelung und die Gründung der Grünen als eine Anti-Atom-Partei stärker als in anderen Ländern in der Bevölkerung und in den Gemeinden verwurzelt. Unter anderem gebe es dadurch in Deutschland nicht nur Proteste *gegen* die Nutzung von Atomenergie, sondern eben auch *für* den Umstieg auf erneuerbare Energieträger.

Im Zuge der Regierungsbeteiligung der Grünen wurde im Jahr 2000 das Erneuerbare-



Energien-Gesetz verabschiedet und eine garantierte Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Quellen beschlossen. Dies markierte einen Wendepunkt im deutschen Energiemarkt. In den letzten 25 Jahren habe sich der Anteil der erneuerbaren Energien in der Stromversorgung von 3 Prozent auf über 30 Prozent erhöht. Nach der Kernschmelze in Fukushima habe sich dieser Trend noch einmal deutlich verstärkt. Mittlerweile seien so über 370 000 Arbeitsplätze in diesem Sektor entstanden und weitere 800 000 im Bereich Energieeffizienz. Einige erwarteten sogar, dass bis 2030 die Zahl der Beschäftigten höher sein werde als im Automobilsektor.

Zahllose Städte und Gemeinden in Deutschland hätten sich in den letzten Jahren sehr ehrgeizigen Klimazielen verschrieben. Einige wollten ihren Strombedarf langfristig sogar aus 100 Prozent erneuerbaren Energien de-

cken. Als Beispiele wurden Schönau, Sieben Linden und Bad Schussenried genannt. Insgesamt lebten etwa 23 Millionen Menschen in Deutschland in sogenannten Klimaschutzkommunen. Durch die Einspeisevergütung und das hohe Interesse an der Energiewende in der Bevölkerung habe sich auch die Eigentümerstruktur im Energiemarkt in den letzten Jahren deutlich verändert. Etwa 35 Prozent der regenerativen Energiequellen lägen in der Hand von Privathaushalten. Die Unterstützung der Energiepolitik durch die Bevölkerung bleibe trotz Subventionen und gestiegenen Strompreisen hoch. Über 93 Prozent befürworteten demnach den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien in Deutschland. Studien zeigten, so SCHREURS, dass die Bevölkerung in Deutschland sich neben dem Klimaschutz auch eine verringerte Abhängigkeit von Energieimporten, eine höhere Versorgungssicherheit, Beschäftigungsvorteile und wirtschaftliche Innovationen erhoffe. Im nächsten Schritt müssten nun „intelligente“ Verbrauchssysteme geschaffen und der Transportsektor umgestellt werden. In diesen Bereichen sei Japan Deutschland bereits voraus, meint SCHREURS.

Aber auch im Bereich Energieeffizienz gebe es noch viel Spielraum für weitere Verbesserungen. Um die Möglichkeiten zu illustrieren verweist SCHREURS auf Japan. Nach Fukushima wurden in Japan alle Atomkraftwerke für zwei Jahre abgeschaltet. In dieser Zeit habe Tokyo es geschafft, trotz bereits vergleichsweise hoher Energieeffizienz seinen Strombedarf um weitere 15 Prozent zu senken. Es gebe also weiterhin noch viele Baustellen und viel zu lernen, um die Umstellung auf erneuerbare Energien erfolgreich zu vollziehen.

Session 1: Prof. Kanie Norichika, Keiô Universität

Als zweiter Fachreferent zu Energiefragen stellte Prof. **KANIE Norichika** von der Keiô Universität vor, welche politischen Weichenstellungen in Japan für eine Umsetzung der Agenda 2030 gestellt werden müssten und welchen Beitrag die Forschung dazu leisten könne. KANIE umriss in seinem Vortrag zunächst die Reichweite der nötigen Reformen. Die SDGs stellten eine besondere Herausforderung für die Politik dar, weil sie vornehmlich Ziele definieren, die Erreichung aber vollkommen den Nationalstaaten überließen. Dies bedinge nationale Verfahren bei der Umsetzung und der Koordination mit anderen Staaten. Da die Ziele für alle Staaten dieselben sind, die Umsetzung aber auf unterschiedlichen Wegen geschehen könne, sei ein Austausch über die Möglichkeiten, Strategien und Methoden besonders wichtig. KANIE ist an einem dreijährigen Forschungsprojekt beteiligt, das die politischen Umsetzungsmöglichkeiten der SDGs unter Berücksichtigung der Umwelt, der Gesellschaft und des politischen Systems untersuchen soll. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes sollen im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden. KANIE verdeutlichte, dass unter anderem unterschiedliche Dimensionen von Ungleichheit bei der Erreichung der SDGs beachtet werden müssten. Neben der wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen Staaten, gäbe es natürlich auch Ungleichheiten innerhalb von Staaten, aber eben auch zwischen den Geschlechtern und zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Bei der Bewältigung dieser Ungleichheiten müssten gleichzeitig die planetarischen Grenzen beachtet werden. Die SDGs bedingen daher, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologi-



schen Elemente zusammendenken. Dazu müssten bestehende Denkmuster in Politik und Gesellschaft grundlegend geändert werden. Dies bedeute vor allem die Überwindung von Grenzen innerhalb politischer Zuständigkeiten, aber auch eine stärkere interdisziplinäre Arbeit in der Wissenschaft. KANIE sieht daher in der G7 Präsidentschaft Japans eine große Chance, notwendige Prozesse anzustoßen, da es das erste G7-Treffen seit der Klimakonferenz in Paris ist.

Die detaillierte Auseinandersetzung mit den SDGs habe gezeigt, so KANIE, wie wichtig die Umsetzung der Ziele in einer vernetzten Art und Weise, d.h. über ministerielle Grenzen hinweg, sei. Neben den politischen Entscheidungsträgern müssten auch Privatunternehmen die Zusammenhänge besser erkennen und in ihren Entscheidungen berücksichtigen. KANIE beobachtet, dass einige private Unternehmen bereits Elemente der SDGs berücksichtigten. Beispielsweise würden manche Unternehmen bereits ihre Jahresberichte auf Grundlage der SDGs überarbeiten. Denn in gewisser Weise können die SDGs sogar als Checkliste für Unternehmensverantwortung fungieren.

Bei der Übertragung der SDGs in die japanische Politik ist KANIE zufolge besonders auffällig, dass sich die politischen Planungshorizonte erweitern müssten. Obwohl bereits viele Ziele der Agenda 2030 in Japan umgesetzt würden, sei die Zielsetzung dort meist auf das Jahr 2020 ausgerichtet und nicht auf das Jahr 2030. Außerdem hätten viele Ministerien die Verlinkung ihrer bestehenden Arbeit zu den SDGs noch nicht ausreichend berücksichtigt. Aber es müssten auch strategische Anpassungen vorgenommen werden. So müsste in Bezug auf die Unterziele zu SDG 7 beispielsweise die Geschwindigkeit des Umbaus des japanischen Energiesystems verdoppelt werden. Insbesondere der Anteil der erneuerbaren Energien müsste deutlich erhöht werden. Dazu

müsste zunächst abgeschätzt werden, so KANIE, welchen Anteil an erneuerbaren Energien man in Japan erreichen möchte, aber auch welchen Anteil diese an der globalen Entwicklung haben werden. Besonders im Hinblick auf die erneuerbaren Energien und das Verbraucherbewusstsein könne Japan, nach KANIEs Meinung, viel von Deutschland lernen. Generell gelte, dass in den Bereichen, in denen gute Politik oder gute Lösungen bereits vorhanden seien, Japan sein Wissen exportieren könne. In anderen Bereichen könne Japan von anderen Staaten lernen. In diesem Sinne sei der globale Rahmen der SDGs ein wichtiger Mechanismus für Austausch und gegenseitiges voneinander Lernen.



Session 1: Diskussion Ziel 7

Im Anschluss an die Präsentationen beantworteten die Fachreferenten Nachfragen aus dem Publikum. Viele Fragen zielten auf die Umsetzung der Agenda 2030 auf der lokalen Ebene ab. SCHREURS betonte in ihrer Antwort, dass die Einbeziehung lokaler Gemeinden sehr wichtig bei der Erreichung der politischen Ziele sei und dass diese Einbeziehung natürlich auch lokales Wissen benötige, welches möglicherweise zunächst vermittelt werden muss. Besonders seit Fukushima sei das Interesse auf kommunaler Ebene an den deutschen Erfahrungen enorm gestiegen. Dieses gesteigerte Interesse an grenzüberschreitendem Lernen sollte genutzt werden, um lokale Umsetzungsstrategien zu entwickeln, die von der Bevölkerung in Japan getragen werden. Deutschland hingegen kämpfe derzeit damit, positive Anreize für mehr Energieeffizienz zu schaffen. In diesem Bereich ist Japan sicherlich ein Vorreiter, von dem Deutschland viel lernen kann, so SCHREURS.

KANIE betonte abschließend noch einmal die Wichtigkeit, die Vernetzung der 17 Ziele und 169 Unterziele zu erkennen. Da die Wurzeln der lokalen Herausforderungen unterschiedlich seien, müssten auch die Lösungen in jedem Kontext andere sein. Gerade deshalb sei es so wichtig, die Schnittstelle von Forschung und Politik auszubauen. In der Vergangenheit habe es hier keinen etablierten Mechanismus gegeben.

Letztlich, so SCHREUS, müsse bei der Suche nach Lösungen stets bedacht werden, dass wir am Ende mit weniger Energie, mit weniger natürlichen Ressourcen und weniger Abfall auskommen müssten. Zurzeit liege der politische Fokus in der Energiepolitik beispielsweise auf der Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland, wodurch jedoch mehr Kohle und Gas verbraucht würden. Auch welche Art von Biogas wir nutzen, sei sehr wichtig. Innovation, glaubt SCHREURS, könne von der Basis, also von den Verbrauchern kommen und mithilfe von Fachleuten in die Breite getragen werden.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde betonte KRAEMER noch einmal die zentrale Bedeutung lokaler Gemeinden und lokaler Regierungen und erinnerte die Teilnehmenden an das Ziel der Agenda 2030, niemanden zurück zu lassen („*leave no one behind*“) - nicht innerhalb Japans oder Deutschlands, aber auch nicht aus globaler Perspektive.

Session 2: Fachgespräch zu SDG 3 (Gesundheit)

Session 2 beschäftigte sich mit dem SDG Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. Unter der Leitung von Prof. Dr. Ilona KICKBUSCH, Direktorin des *Global Health Programmes des Graduate Institute of International and Development Studies* in Genf, diskutierten Dr. Christoph BENN und Prof. KATSUMA Yasushi.

Zum Auftakt der Präsentationen verwies KICKBUSCH auf den Zusammenhang von menschlicher und planetarer Gesundheit. Nur wenn unser Planet und unsere Umwelt gesund seien, könne auch die menschliche Gesundheit realisiert werden. In diesem Sinne verfolgten die SDGs einen transformativen Ansatz. Obwohl im Hinblick auf das Thema Gesundheit viele Experten und Expertinnen aus dem Feld zunächst enttäuscht gewesen wären, dass sich im Gegensatz zu den MDGs nur ein einziges explizites Ziel zu Gesundheit (SDG 3) in der Agenda finde, so würde sich nun doch die Einsicht durchsetzen, dass Gesundheit in allen anderen Zielen eine sehr bedeutende Rolle spiele – entweder als Input oder als Outcome. Nun stelle sich KICKBUSCH zufolge aber die wichtige Frage, welche Auswirkungen die SDGs auf die globale Governance im Gesundheitsbereich haben werden. Während es im Jahr 2000 lediglich eine wichtige globale Gesundheitsorganisation gegeben habe, habe sich das Institutionengefüge in den letzten Jahren – auch unter der Einwirkung Deutschlands und Japans – stark geändert. Damit stehe die Weltgemeinschaft vor neuen ordnungspolitischen Herausforderungen und es stelle sich die Frage, welchen Einfluss die Agenda 2030 auf diese nehmen wird. So müsse im Hinblick auf das ambitionierte SDG 3 beispielsweise überlegt werden, so KICKBUSCH, ob wir nicht einen größeren Fonds als den existierenden Globalen



Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria benötigen werden, um universellen Zugang zu Gesundheitsleistungen erreichen zu können.

Immerhin könne man bereits erkennen, dass sich die globalen Vorstellungen langsam annäherten. Während in den 1980er Jahren eine weltweite Versorgung mit Gesundheitsleistungen noch in weiter Ferne schien, so beobachtet KICKBUSCH nun eine graduelle Konvergenz der unterschiedlichen Entwicklungsziele hin zu einem Model der nationalen Finanzierung von Gesundheitssystemen.

Session 2: Dr. Christoph Benn, The Global Fund

Als erster Fachreferent erhielt **Dr. Christoph BENN**, Direktor für Außenbeziehungen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, die Gelegenheit, seine Einschätzung über die Auswirkungen der Agenda 2030 auf die globale Entwicklung im Gesundheitssektor darzustellen. Zunächst erinnerte BENN die Teilnehmenden der Konferenz an die Fortschritte, die in den vergangenen einhundert Jahren erreicht worden seien. So habe sich die Lebenserwartung in Deutschland und Japan, aber auch in Kenia und Südafrika beinahe verdoppelt. Gleichzeitig ging die Rate der Kindersterblichkeit signifikant zurück und der Unterschied zwischen den Raten in Industrienationen und Entwicklungsländern haben sich ebenfalls deutlich angenähert.

Obwohl nicht alle MDG Ziele erreicht worden sind, zieht BENN eine positive Bilanz. Auch wenn anstatt 75 Prozent nur eine Reduzierung von 50 Prozent bei der Kindersterblichkeit erreicht worden sei, so sei dies doch ein großer und wichtiger Erfolg und keineswegs ein Scheitern der MDGs.

BENN betonte die wichtige Rolle, die Japan und Deutschland in den vergangenen Jahren in diesem Bereich gespielt hätten. Besonders in der G7/G8 hätten sich beide Nationen für die globale Gesundheit eingesetzt. Dass Japan im Jahr 2000 das Thema Infektionskrankheiten ganz oben auf die Agenda des G8-Gipfels in Okinawa setzte, führte zwei Jahre später indirekt auch zur Gründung des Globalen Fonds. Deutschland räumte dem Thema globale Ge-

sundheit ebenfalls eine wichtige Rolle ein, als das Land 2007 den G8-Vorsitz hatte.

Was konnte also in der Zeit der MDGs erreicht werden? Die Kindersterblichkeit konnte um 50 Prozent reduziert werden. Müttersterblichkeit sei um etwa 40 Prozent zurückgegangen und bei der Übertragung von HIV, Malaria und Tuberkulose sei ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen. Die Gründung des Globalen Fonds zur Unterstützung von Entwicklungsländern habe dazu einen wichtigen Beitrag leisten können. Denn durch die Fokussierung auf diese drei Krankheiten hätten die bestehenden Gesundheitssysteme generell entlastet werden können, so BENN.

Nun möchte SDG 3 die universelle Gesundheitsversorgung bis 2030 erreichen und dabei niemanden zurückzulassen. Die Staatengemeinschaft setzte sich damit ein sehr ehrgeiziges Ziel. Deutschland und Japan hätten bereits mehrere Initiativen auf den Weg gebracht, um diesem Ziel näher zu kommen. Deutschland hätte beispielsweise das hochrangige *UN Panel on Global Response to Health Crises* und die *Healthy Systems – Healthy Lives Initiative* initiiert. Japan habe sich darauf fokussiert, den Human Security Ansatz umzusetzen und universelle Gesundheitsversorgungen aufzubauen. Darüber hinaus war Japan Gastgeber der ersten Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds in Tokyo.

Es habe durch diese und ähnliche Initiativen einen enormen Zuwachs an finanziellen Ressourcen für globale Gesundheit gegeben. Nach dem der Zuwachs in den letzten zwei Jahren einen Höhepunkt erreicht habe, so BENN, gehe es nun vermehrt darum, mehr innerstaat-



liche Ressourcen zu mobilisieren und diese wirksam einzusetzen, um tatsächlich niemanden zurückzulassen.

Auf diese Weise könne die "große Konvergenz" der wichtigsten Gesundheitsindikatoren (Kindersterblichkeit, jährliche HIV/AIDS Todesfälle und jährliche Tuberkulose Todesfälle) nach Ansicht von BENN bis 2035 erreicht werden.

Deutschland und Japan hätten dazu bereits durch ihre universellen Gesundheitsversorgungssysteme einen großen Beitrag geleistet und seien dadurch zu Vorbildern geworden.

Der Aufbau des Globalen Fonds war ein Experiment globaler Solidarität zur Unterstützung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern. Er kann jetzt als ein Model dienen, um einen tiefgreifenden Wandel von Gesundheitssystemen zu unterstützen und um einen Zugang zu universellen Gesundheitsleistungen zu erreichen.

BENN sieht die Staatengemeinschaft damit näher als jemals zuvor an der Vision, gesundes Leben überall auf der Welt zu ermöglichen.

Session 2: Prof. Katsuma Yasushi, Waseda Universität

Als zweiter Fachreferent trug Prof. KATSUMA Yasushi, Dekan des *International Studies Program der Graduate School of Asia-Pacific Studies (GSAPS)* und Direktor des *Institute of Asia-Pacific Studies* an der Waseda Universität zur Frage vor, wie die Gesundheitsziele der Agenda 2030 gemeinsam erreicht werden können.

KATSUMA beobachtet die Entwicklung einer neuen globalen Gesundheitslandschaft. Die Ebola Epidemie habe die Welt daran erinnert, was gebraucht würde, um die Länder zu unterstützen, in denen Gesundheitssysteme weiteren Ausbau- und Entwicklungsbedarf haben. Insbesondere müsse die lokale Resilienz erhöht werden, um möglichst effektiv auf Krisensituationen reagieren zu können. Dabei müsse die internationale Gemeinschaft auf die neuen Gegebenheiten besser eingehen. KATSUMA betonte in seinem Vortrag vier besondere Herausforderungen:

1. Es sind mittlerweile zahlreiche neue Geber im globalen Gesundheitsbereich aktiv und diese richteten ihr Handeln dabei nicht immer an den OECD-DAC Kriterien aus. Darüber hinaus seien aber auch neue privatwirtschaftliche und andere nicht-staatliche Akteure aktiv geworden und hätten das Feld spürbar verändert. Diese Veränderung werfe nun die Frage auf, wie eine bessere Koordinierung der Aktivitäten erreicht werden könne.
2. Eine weitere Herausforderung stellt für KATSUMA die Implementierung bestehender internationaler Regelungen im Rahmen der globalen Gesundheits-Governance dar. Es müsse darauf hin gearbeitet werden, die bestehenden Gesundheitsvorschriften auf nationaler Ebene auch umzusetzen. Ein Mechanismus, wie dies geschehen könne, fehle jedoch noch.

3. Des Weiteren müssten Kapazitäten für die internationale Finanzierung von Nothilfe im Gesundheitsbereich aufgebaut werden. Bislang basierten die internationalen Reaktionen auf Krisenfälle zu sehr auf Spendengeldern.
4. Die Koordinierung zwischen WHO und UN solle ebenfalls verbessert werden, um Maßnahmen auf globaler und lokaler Ebene wirkungsvoller aufeinander abzustimmen.

KATSUMA empfahl daher die Verabschiedung von international gültigen Gesundheitsvorschriften mit informellen Durchführungsvorschriften sowie einen anreizbasierten Umsetzungsmechanismus gekoppelt mit einem Monitoring-System. Bei Lageeinschätzungen und Risikoanalysen könnten außerdem unabhängige Stellen sowie die Zivilgesellschaft einbezogen werden.

Für die Entwicklungszusammenarbeit bedeute dies, minimale nationale Kapazitäten für Not-situationen aufzubauen. Momentan, so KATSUMA, wären viele Entwicklungsländer der Meinung, dass die Zuständigkeit für Gesundheits-Notfälle bei der WHO liege. Diese habe aber keine entsprechenden Kapazitäten, diese Verantwortung zu übernehmen.

Insgesamt müsse außerdem die Koordinierung zwischen der WHO, dem UN System und lokalen Regierungen verbessert werden.

Session 2: Abschlussdiskussion Ziel 3

Im abschließenden Publikumsgespräch stimmte BENN den Ausführungen von KATSUMA zu, dass der Aufbau von Organisationen und lokalen Strukturen, die Risiken schmälern und im Krisenfall reagieren könnten, nötig sei.

Außerdem, so BENN, brauchten Länder neben einem funktionierenden Gesundheitswesen auch ein funktionierendes Finanzierungssystem, um die SDGs zu erreichen. Deutschland und Japan könnten in diesem Bereich gute

Beispiele sein und entsprechendes Wissen mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilen.

Letztlich, so KATSUMA, würde dies auch einen wichtigen Beitrag zur Linderung von Armut leisten, weil in einem funktionierenden Transfersystem die Einzelperson im Krankheitsfall nicht mehr extra Ressourcen für ihre persönliche Gesundheit aufbringen müsse.

Gleichzeitig betonte KATSUMA auf Rückfrage noch einmal die zentrale Rolle des Nichtregierungssektors. Es sei für ihn eine Lektion aus den letzten 15 Jahren, dass NGOs sehr wichtig seien, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern. In Krisensituationen sei beispielsweise MSF (Ärzte ohne Grenzen) zum Teil professioneller und effizienter als Regierungsorgane oder internationale Organisationen. Außerdem wären viele NGOs von Bedeutung, um auch marginalisierten Gruppen zu erreichen. Für KATSUMA steht daher fest, dass ohne die Zivilgesellschaft die SDGs nicht erreicht werden können.

In Bezug auf die Rolle der G7/G20 Treffen betonte KATSUMA, dass die in diesem Format getroffenen Entscheidungen heutzutage nicht mehr das gleiche Gewicht wie noch vor 15 Jahren hätten. Es sei dadurch umso wichtiger geworden, dass die G7-Präsidentschaft Japans genutzt wird, um in der G7 eine strategische Position zur Umsetzung der Gesundheitsziele zu finden, die dann im G20-Prozess als gemeinsame G7-Position eingebracht werden kann.

BENN hingegen sieht die Bedeutung der G20 eher skeptisch. Da sich nicht-G7 Staaten im G20 Format bislang geweigert hätten, das Thema Gesundheit auf die Agenda zu setzen und es im G20 Format auch keinen Rechen-schaftsmechanismus gäbe, hält er Fortschritte im G20-Format in dieser Frage für wenig wahrscheinlich.

Zum Abschluss des Fachgesprächs erinnerte KICKBUSCH die Teilnehmenden noch einmal

an die wichtige Funktion von alternativen Finanzierungsmechanismen jenseits der ODA für die Umsetzung der Agenda 2030. Diese könnten Anleihen, Steuern oder andere Abgaben sein, die zur Finanzierung globaler Güter herangezogen werden könnten. Gleichzeitig müssten aber auch Anreize für private Investitionen geschaffen werden. In vielen Ländern müsse außerdem die Bereitschaft erhöht werden, für die Gesundheitsversorgung eigene Steuern zu erheben. Auf globaler Ebene müsste schließlich die Gesundheits-Governance so verändert werden, dass sie den Ambitionen der Agenda 2030 gerecht werden könne.

Die Sicherstellung von Gesundheitsversorgung bedeute letztlich nicht weniger, als eine gute öffentliche Infrastruktur in jedem Land aufzubauen. Die Herausforderung sei dabei, so KICKBUSCH, für diese systemischen Eingriffe zu werben und Entscheidungsträger und Öffentlichkeit von deren Notwendigkeit zu überzeugen.

Paneldiskussion: Finanzierung der SDG und die Globale Partnerschaft

Das letzte Fachgespräch vertiefte die Frage nach der Finanzierung der Agenda 2030. Erneut moderierte Prof. Dr. Ilona KICKBUSCH das Gespräch. Es diskutierten außerdem Debra KERTZMANN, die Vertreterin des europäischen Büros der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), Dr. Maya SCHMALJOHANN von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Prof. Dr. Ulrich VOLZ von SOAS (*University of London*) und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) sowie Prof. KANIE Norichika von der Keiō Universität.

KICKBUSCH skizzierte zu Beginn die zentralen Fragen der Diskussionsrunde: Wie können Deutschland und Japan den Multilateralismus unterstützen? Welche Stärken und Schwächen bringt die auf der Konferenz bereits oft genannte „Klubdiplomatie“ der G7 und G20? Was bedeutet überhaupt „Globale Partnerschaft“ und welche Wirkung kann in Partnerländern erwartet werden? Wie können die enormen Summen mobilisiert werden, die zur Umsetzung der Agenda 2030 notwendig sind? Welche Rolle wird der Privatsektor dabei spielen können und welche Lösungsansätze werden sowohl in Deutschland als auch in Japan befürwortet?

Debra KERTZMAN von der Asiatischen Ent-



wicklungsbank stellte die wichtige Rolle der regionalen Entwicklungsbanken bei der Generierung von Finanzmitteln heraus. Dabei wolle die ADB Konsultationen mit allen Stakeholdern durchführen, um Partizipation und Koordination bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu bieten. Ebenso sieht KERTZMANN Deutschland und Japan als führende Industrienationen in der Verantwortung, im Rahmen der G7 und der G20 aber auch in den multilateralen Organisationen für die notwendige Koordination, die Kohärenz und Effektivität bei der Umsetzung zu sorgen. Im Verhältnis zwischen öffentlichen ODA Mitteln und dem Privatsektor beschreibt KERTZMANN eine klare Aufgabenteilung. Die ODA müsse in den Entwicklungsländern strategisch eingesetzt werden, um langfristigen Nutzen zu generieren, besonders im Bereich der öffentlichen Güter. Dabei sei eine enge Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren sowie oftmals eine Reform lokaler Finanzierungs- und Steuersysteme notwendig. Der Privatsektor sei ebenfalls ein wichtiger Partner, um Investitionen beispielsweise in Infrastrukturprojekte zu tätigen.

Dr. Maya SCHMALJOHANN von der GIZ stellte in ihrem Beitrag die Rolle der „Globalen Partnerschaft“ für die Umsetzung der Agenda 2030 heraus. Diese sei keine neu zu schaffende Struktur, sondern werde in der Agenda 2030 und in der Addis Abeba Action Agenda bereits konkretisiert. Die Globale Partnerschaft bezieht sich auf die gemeinsame Verantwortung, die alle Akteure für die universelle Umsetzung der gesamten Agenda tragen. Für SCHMALJOHANN muss das positive Moment der Agenda 2030 beibehalten werden und zwar sowohl im nationalen wie im globalen Rahmen. Denn letztlich hingen viele der aktuellen Krisen mit Entwicklungsproblemen zusammen. Den neu geschaffenen Review-Prozess sieht sie als besonders geeignet an, um die Umsetzung voranzubringen. Wichtig sei aber auch, die Agenda in anderen Foren wie G7

und G20 weiterzubringen. Bezüglich der Finanzierungsmöglichkeiten nannte SCHMALJOHANN drei konkrete Beispiele, an denen nun gearbeitet werden müsse:

1. Anreize für Investitionen in Infrastruktur: in diesem Bereich gebe es eine große Finanzierungslücke. Das Problem sei nicht das Kapital, und es gebe auch genügend potentielle Investoren. Projekte seien jedoch nicht so aufgestellt, dass sie für Investoren interessant würden.
2. Nationale Einnahmen durch Steuern: in vielen Partnerländern würden die bestehenden Möglichkeiten in diesem Segment nicht ausreichend genutzt. Es sei schließlich eine Frage der Verwaltung und somit des *Capacity-Developments*, um dieses Problem zu beheben. Deutschland habe unter anderem die „Addis Tax Initiative“ mitbegründet, um durch Investitionen in Steuersysteme an diesem Punkt entgegenzuwirken.
3. Handel: seit Monterrey habe sich die Staatengemeinschaft vorgenommen, ein transparentes und faires Handelssystem zu gestalten. Reformen im Handelssystem könnten sich positiv auf die Zielerreichung der Agenda 2030 auswirken.

Insgesamt könnten somit durch nichtfinanzielle Maßnahmen Ressourcen mobilisiert werden, die für die Umsetzung der Agenda benötigt werden.

KICKBUSCH pflichtete SCHMALJOHANN bei. Es gehe nicht nur um zusätzliches Geld, sondern auch um die richtigen Institutionen, Kontrollen und Anreize. Es könne zunehmend festgestellt werden, wie wichtig zuverlässige Governance-Institutionen seien. Das Geld sei nämlich in einigen Fällen bereits vorhanden, aber die richtigen Institutionen fehlten noch.

Prof. Dr. Ulrich VOLZ von SOAS/University of London und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik führte in seinem Beitrag das notwendige Umdenken in Politik und Gesell-

schaft an, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen. Eine große gesellschaftspolitische Aufgabe in Deutschland und Japan sei, dass Wirtschafts- und Konsummuster überdacht werden müssten. Gleichzeitig müssten globale und multilaterale Strukturen für die Umsetzung neu gestaltet werden. Beim Thema Finanzierung sieht VOLZ einen besonders großen Reformbedarf im Bereich der Finanzmärkte. Diese hätten das Problem, mit ihren begrenzten Investitionshorizonten nur sehr kurzfristig zu denken. Bei der Umsetzung der SDGs ginge es aber um langfristige Investitionen. Die *Bank of England* spreche in diesem Zusammenhang von der „Tragödie der Horizonte“. Es stelle sich also die Frage, „wie wir dafür sorgen können, die Finanzsysteme mit der nachhaltigen Entwicklung zusammenzubringen.“ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Studie „*The Financial System We Need*“ des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP). Investitionen müssten beispielsweise stärker in nachhaltige Infrastruktur wie erneuerbare Energien kanalisiert werden. Es sei dabei sehr wichtig, dass Länder wie Deutschland und Japan die Umsetzung der Agenda 2030 in diesem Bereich voranbringen. Nationale Finanzinstitutionen könnten beispielsweise verpflichtet werden, Klima- und Umweltrisiken mit zu bewerten. VOLZ nannte als Beispiel Frankreich, das die Finanzinvestoren zur Offenlegung der Ökobilanzen ihrer Investitionen zwingt. Dieses marktbasierende Instrument der Rechenschafts- und Offenlegungsregel könne direkt dazu beitragen, dass Verbraucher und Investoren besser informierte Entscheidungen treffen könnten. Einfluss könne auch durch staatliche Banken wie die KfW genommen werden. Die KfW sei bei der Energiewende sehr einflussreich gewesen und habe dabei eine Reihe von wichtigen innovativen Finanzinstrumenten entwickelt. China, das momentan die Präsidentschaft der G20 innehält, habe die „Grüne Finanzierung“ auf die Agenda der Finanzminister gesetzt. Dies sei

ebenfalls ein Thema, das Deutschland im kommenden Jahr fortsetzen könnte. Auch bei der G7 sei Finanzregulierung ein Thema, bei dem noch Fortschritte gemacht werden könnten. Beide Länder, so VOLZ, könnten noch viel unternehmen, um ihre Bedeutung bei der Entwicklung neuer Finanzinstrumente zu nutzen. Als konkrete Beispiele nannte er eine Kohlenstoff-Steuer und die Finanztransaktionssteuer.

Prof. KANIE Norichika von der Keiō Universität betonte noch einmal die besonderen prozeduralen Herausforderungen für die Globale Partnerschaft, die sich aus der Natur der SDGs ergeben. Da die SDGs lediglich die Ziele vorgeben, aber nicht die Instrumente zur Zielerreichung, müssten zunächst globale Indikatoren entwickelt und erhoben werden – einige im Ländervergleich, andere auf globaler Ebene. KANIE sieht die Verantwortung, die Umsetzungsmechanismen zu entwickeln, bei den bestehenden multilateralen Netzwerken und Organisationen. Als Beispiel für einen solchen Mechanismus nannte er den *Forestry Stewardship Council*. Dies sei als eine Multi-Akteur-Partnerschaft aufgebaut, um mit neuen Methoden ein gemeinsames Ziel für nachhaltiges Bewirtschaften von Holzressourcen zu erreichen. Ähnliches sei auch für Wasser, Produktion, Ozeane und andere globale Güter vorstellbar.

KICKBUSCH verwies in diesem Zusammenhang auf die „Governance by Aspiration“: Wir wüssten in vielen Bereichen noch gar nicht, welche Institutionen und Mechanismen wir aufgrund der uns bevorstehenden Umsetzungs Herausforderungen noch entwickeln müssten. Dabei sei der Stewardship-Ansatz sicherlich ein vielversprechendes Instrument, das an der gemeinsamen Verantwortung und gemeinsamen Rechenschaftsmechanismen zur Bewirtschaftung gemeinsamer Ressourcen ansetzt.

Aus dem Publikum kam die Frage, in wie weit denn überhaupt Hoffnung bestünde, dass sich

multinationale Unternehmen an der Umsetzung der Agenda 2030 beteiligten.

VOLZ verwies in seiner Antwort auf die Pflicht der Regierungen, Mindeststandards für unternehmerisches Handeln zu setzen. Gleichzeitig bräuchte es mehr öffentlichen Druck, um Unternehmen zu Fortschritten zu drängen. Allein auf die Hoffnung, dass der Privatsektor aus eigenem Antrieb etwas zur Umsetzung der SDGs unternehmen würde, wolle sich VOLZ nicht verlassen.

KERTZMAN hingegen verwies auf die zunehmenden Konsultationen und Diskussionen mit dem Privatsektor, um Bedürfnisse zu ermitteln und zu erfahren, wo Schwierigkeiten liegen, um mehr nachhaltige Investitionen zu generieren.

KANIE erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die SDGs auch dazu dienen könnten, die Legitimation und das Ansehen von Firmen erhöhen.

Auf eine Publikumsfrage zur Rolle von ODA für die Umsetzung der Agenda 2030, äußerte VOLZ die Ansicht, dass durch ODA allein keine nachhaltige Transformation erreicht werden kann. ODA-Mittel könnten jedoch Veränderungsprozesse anstoßen und Privatinvestitionen generieren. Es müssten jedoch wichtige systemische Herausforderungen bewältigt werden, beispielsweise die Kurzsichtigkeit der Finanzmärkte oder der Aufbau gerechter Handelsstrukturen. Staatlicher Politik käme dabei natürlich eine wichtige Rolle zu.

Auf die Frage, wie die deutsch-japanische Zusammenarbeit zur Umsetzung beitragen könne ergänzte KANIE, dass besonders der Energiebereich großes Kooperationspotential berge. Auch im Bereich der Wissensgenerierung und des Wissenstransfers könnten beide Länder einen großen Beitrag leisten.

VOLZ sieht die komparativen Stärken der beiden Länder besonders in den Bereichen

Gesundheit, Energie, demographischer Wandel und Finanzmärkte. In all diesen Bereichen könnten die beiden Staaten Technologien und Wissen austauschen.

KANIE verwies in diesem Zusammenhang auf die Nutzung von bereits existierenden Strukturen des Wissensaustausches. Beispielsweise sei das *Future Earth Science Committee* ein globales Netzwerk, in dem beide Länder sehr aktiv seien. Auch das *Sustainable Development Solution Network* könnte stärker genutzt werden, um Wissen, Daten und Politikempfehlungen auszutauschen. Letztlich müsse die Verlinkung von Gesellschaft, Wissenschaft und Politik auf diese Art und Weise verbessert werden. Es sei außerdem wichtig, das Silo-Denken zu überwinden, um kohärente Politiken zu entwickeln. Nur so könnten die Ziele in ihrer Gänze erreicht werden.

Die Moderatorin KICKBUSCH schloss die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass Deutschland und Japan ihre Möglichkeiten durch "*leading by example*", also ihre Vorbildfunktion nutzen sollten. Beide Länder hätten außerdem die Chance, relevante Themen und Herausforderungen auf den Agenden der G7 und G20 zu platzieren. Sie könnten dadurch Diskussionen in Gang setzen, um neue Finanzierungsmechanismen zu entwickeln und zu nutzen. Sie erinnerte außerdem daran, dass in diesem Jahr ein neuer Generalsekretär der Vereinten Nationen gefunden werden müsse. Dies sei schließlich auch ein politischer Prozess, in dem sich Deutschland und Japan individuell und gemeinsam engagieren könnten, um die Demokratisierung der Globalen Governance-Architektur weiter voran zu bringen.

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedete BOSSE die Teilnehmenden. Alle hätten nun einige Hausaufgaben zu erledigen, um die Überlegungen fortzusetzen, welchen Beitrag Deutschland und Japan gemeinsam für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung leisten können.



Impressum

Herausgeber:

Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB)
Saargemünder Str. 2, 14195 Berlin

Text: Lukas Goltermann

Redaktion: Tatjana Wonneberg

Bildrechte: Lukas Goltermann